

Sperrfrist Redebeginn!
Es gilt das gesprochene Wort



Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Anita Klahn, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 305/2017
Kiel, Donnerstag, 16. November
2017

Wirtschaft/Mittelstandsbeirat

Christopher Vogt: Konzentrieren wir uns auf den Sinn des Mittelstandsbeirates

In seiner Rede zu TOP 14 (Berufung von Arbeitnehmervertretungen in den Mittelstandsbeirat) erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer und wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Lassen Sie mich meinen Redebeitrag mit einem kurzen Zitat beginnen:
„Der Mittelstandsbeirat hat neben den Interessenvertretungen der Wirtschaft die Aufgabe, die Landesregierung in grundsätzlichen Fragen der mittelständischen Wirtschaft zu beraten. [...] In dem Gremium sind Vertreter der Landesarbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern, der Landesarbeitsgemeinschaft der Handwerkskammern, sowie der für die Freien Berufe zuständigen Kammern.“

Bei den Mitgliedern dieses Gremiums handelt es sich also – der Name deutet es ja eigentlich schon an – im Wesentlichen um Vertreter der mittelständischen Wirtschaft. Diese Aussage zum Mittelstandsbeirat, die ich gerade vorgelesen habe, stammt im Übrigen nicht aus Schleswig-Holstein. Sie beschreibt die Zusammensetzung des Mittelstandsbeirates in Mecklenburg-Vorpommern – einem, meines Wissens nach, SPD-geführten Bundesland. Haben Ihre Genossen in Schwerin auch schon einen entsprechenden Antrag gestellt, damit die von Frau Schwesig geführte Landesregierung die Zusammensetzung des Gremiums ändert? Offenbar nicht. Und das auch zu Recht.

Im Übrigen würde sich diese Frage auch auf Bundesebene stellen. Dort existiert ebenfalls ein Mittelstandsbeirat, in dem keine Gewerkschaftsvertreter sitzen – obwohl es sich beim Wirtschaftsministerium ja – zumindest noch einige Wochen – um ein SPD-geführtes Ministerium handelt.

Die SPD-Fraktion wirft der Landesregierung in Schleswig-Holstein laut einer Pressemitteilung des Abgeordneten Hölck allen Ernstes einen Mangel an

Wertschätzung und das fehlende Interesse für die Belange der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (das Gendern hatte der Kollege Hölck übrigens vergessen) würden ausgegrenzt und die Landesregierung sei eine reine Arbeitgeber-Lobby. Was ist das für ein Nonsens.

Beim Mittelstandsbeirat handelt es sich – wie bereits mehrfach erwähnt – um eine Plattform, um auf ministerieller Ebene Input aus der Praxis zu bekommen: Wie lässt sich zum Beispiel die bestehende Bürokratie verschlanken? Welche Anforderungen gibt es seitens des Mittelstands an den Ausbau von Infrastruktur oder bei der Digitalisierung? Welche Herausforderungen bestehen bezüglich der Unternehmensnachfolge?

Wenn wir also auf den Zweck des Mittelstandsbeirates schauen, ist doch unschwer zu erkennen, dass sich dieses Gremium mitnichten in irgendeiner Form gegen Arbeitnehmerinteressen wendet – ganz im Gegenteil. Der Mittelstand ist *der* große Arbeitgeber in Schleswig-Holstein und es geht darum, die vielen guten Arbeitsplätze zu erhalten. Es handelt sich aber selbstverständlich zunächst um arbeitgeberrelevante Fragestellungen!

Daher ist der Austausch mit den Arbeitgebern, den mittelständischen Unternehmen und ihren Vertretungen, auch so wichtig, um diese Fragen praxisnah und zielgerichtet beantworten zu können.

Konzentrieren wir uns doch bitte einfach auf den Sinn des Mittelstandsbeirates und die eigentlichen Herausforderungen, die es anzupacken gilt. Außerhalb unserer Landesgrenzen scheinen das ja sogar schon die Sozialdemokraten erkannt und verinnerlicht zu haben.

Zum Schluss noch einmal kurz zur – ohne Frage – sehr wichtigen Einbindung der Gewerkschaften: Diese findet selbstverständlich statt und Minister Buchholz führt regelmäßig Gespräche mit Vertretern der Gewerkschaften. Hören Sie bitte auf mit dieser alten Leier nach dem Motto: „Wenn die FDP regiert, ist die Politik unsozial und die Arbeitnehmer haben nichts zu melden.“ Das glauben Sie doch selber auch nicht mehr. Wir stimmen unserem Alternativantrag in der Sache zu und lehnen den SPD-Antrag ab.“